



Industrieforum

Die grüne Transformation der Industrie

Industriepolitik

Der Industriestandort Wien meistert die Herausforderungen der Zukunft

Industriekonjunktur aktuell

F&E-Triebkraft der Industrie hat nachgelassen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 69 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliches Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: wko.at/industrie,
E-Mail: bsi@wko.at

Bundespräsidium

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke
Bauer & Co. Ges.m.b.H.
Stellvertreter GF Thomas SALZER,
Salzer Papier GmbH
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof
Industries Global GmbH
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy
Holding GmbH
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG
Österreich

Geschäftsführer

Mag. Andreas MÖRK



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: +43 1 513 44 11-0
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099
Internet: www.iwi.ac.at,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-
STRAUß, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende
des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
Dr. Erhard FÜRST,
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,
Kassier des IWI
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík



Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 71135 - 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung,
www.twitter.com/iv_news
E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



editorial

Mag. Sigi Menz
Kühler Kopf statt heißer Herbst

forum

Die grüne Transformation der Industrie

Interview:
„Die grüne Wende ist alternativlos –
für uns alle.“
Michael Strugl, Vorstandschef
der Verbund AG

politik

Zwischen verpflichtender Reduktion
und freiwilliger Kompensation von
CO₂-Emissionen

Exportpreis:
Österreichs beste Exporteure
im Rampenlicht

Serie: Industrie Wien:
Der Industriestandort Wien
meistert die Herausforderungen
der Zukunft

konjunktur

4 Kommentar zur internationalen
Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

6 F&E-Triebkraft der Industrie hat
nachgelassen
Mag. Andreas Mörk 32

konjunktur nach branchen

	Branchenübersicht	34
12	Gesamtindustrie	35
	Bergwerke und Stahl	35
	Stein- und keramische Industrie	36
	Glasindustrie	36
	Chemische Industrie	37
	Papierindustrie	37
16	PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
	Bauindustrie	38
	Holzindustrie	39
21	Lebensmittelindustrie	39
	Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
	NE-Metallindustrie	40
	Metalltechnische Industrie	41
24	Fahrzeugindustrie	41
	Elektro- und Elektronikindustrie	42
	Offenlegung, Impressum	42

inhalt

Kühler Kopf statt heißer Herbst

Weder die europäische noch die österreichische Wirtschaftspolitik haben optimal auf jene neuen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen reagiert, die infolge des Ukrainekrieges entstanden sind. Auch die Kollektivvertragsabschlüsse der letzten 12 Monate haben zu wenig Augenmerk auf die Gesamtsituation gerichtet. Die soeben gestartete Herbstlohnrunde muss vom gemeinsamen Bemühen getragen sein, nicht noch weiter in eine wirtschaftliche Sackgasse hineinzugeraten.

Autor: Mag. Sigi Menz

Dank des hohen Anteils der Industrie an der Wertschöpfung ist Österreich aus den letzten Wirtschaftskrisen – von der Dotcom-Krise über die Subprime-Krise bis zur Coronakrise – jeweils relativ unbeschadet hervor gegangen und konnte sich im europäischen Vergleich sehr gut behaupten. Die gegenwärtigen Herausforderungen sind aber gewaltig:

- Der Transformationsprozess hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft ist für die Industrie mit enormen innovativen Anstrengungen und finanziellen Kosten verbunden.

- Die Kostenschwankungen und Unsicherheiten am Energiemarkt infolge der Ukraine Krise berühren den Lebensnerv der Industrie.
- Die geopolitischen Implikationen des Ukraine-konflikts drohen zu einer Fragmentierung des Weltmarktes zu führen, was die stark export-orientierte Industrie besonders betrifft.

Aus klimapolitischen Gründen bewusst erhöhte Kosten, zudem höhere Kosten und Unsicherheiten am Energiemarkt bei gleichzeitig maximalem Innovationsdruck und immer stärker nachlassender Nachfragedynamik auf den globalen Märkten: Diese Mischung kann weder gesamtwirtschaftlich funktionieren noch für das jeweils einzelne Unternehmen.

Auf europäischer Ebene rächt sich nun, dass das Tempo des Transformationsprozesses in den letzten Jahren verschärft wurde, gleichzeitig aber den Fragen der praktischen Umsetzung und auch der Verteilung der (enormen) Kosten vergleichsweise wenig Augenmerk geschenkt wurde. In Österreich wiederum hat der Staat im letzten Jahr viel Geld in die Hand genommen, um exzessive Kostenbelastungen zu kompensieren: Trotz entsprechender Warnungen, auch von Seiten der Sozialpartner, ist dies aber so geschehen, dass die Antiteuerungsmaßnahmen der Bundesregierung die Inflationsraten nicht nur nicht gedämpft, sondern – durch Stärkung der Kaufkraft – tendenziell eher noch verstärkt haben. Bedauerlicherweise haben die Gewerkschaften diese Leistungen im Rahmen der Kollektivverhandlungen



Mag. Sigi Menz,
Obmann der
Sparte Industrie und
Aufsichtsrat der
Ottakringer
Getränke AG

ignoriert, wodurch es zu einer deutlichen Überkompensation der Inflation gekommen ist.

Die europäische Politik hat naturgemäß alle EU-Mitgliedsländer betroffen, allerdings Länder mit hoher Industriequote (wie Österreich) überdurchschnittlich. Die fiskalpolitischen Kompensationsmaßnahmen und die Kollektivvertragspolitik waren in Österreich besonders expansiv. Das Ergebnis dessen, lässt sich in dem traurigen Vorsprung ablesen, den Österreich in der Inflationsstatistik aufzuweisen hat: Auch wenn die Inflationsraten heuer tendenziell rückläufig sind, so ist dieser Rückgang aufgrund der Verhärtung der Inflation durch Zweitrundeneffekte nicht in einer wünschenswerten Geschwindigkeit.

Überdurchschnittliche KV-Abschlüsse = Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Die Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten im Vergleich von Österreich zum EU-Durchschnitt ist heute schon erkennbar: Der im langfristigen Bild ohnedies überdurchschnittliche Anstieg in Österreich hat sich zuletzt beschleunigt. Relativ bald, nachdem die Lohnstückkosten gegenüber relevanten Handelspartnern und/oder Mitbewerbern auf Drittmärkten sich verschlechtern, folgt unausweichlich eine Verschlechterung des Leistungsbilanzsaldos; und dies bedeutet nichts weniger, als dass sich die inländische Produktion – und somit die inländische Wertschöpfung und das Einkommen – verringern.

Die monatlichen Meldungen betreffend die Vergleiche der heimischen Inflationszahlen mit jener anderer EU-Länder beziehungsweise der EU insgesamt sind somit eine sehr unangenehme Botschaft: Es kann nur verteilt werden, was vorhanden ist.

Was verteilt werden kann ...

Die österreichischen Lohn- und Gehaltsabschlüsse versuchten bisher sicherzustellen, dass der durch die Inflation entstandene Kaufkraftverlust und die erzeugte Wertschöpfung in gerechter

Der Transformationsprozess hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft ist für die Industrie mit enormen innovativen Anstrengungen und finanziellen Kosten verbunden.

Weise zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgeteilt wird. Dies ist letztlich die Grundidee sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen, auch das hinter der sogenannten „Benya-Formel“ stehende Konzept.

Im Detail werden – wenn es um Fragen der „Gerechtigkeit“ geht – wohl selten auch nur zwei Personen zum genau selben Ergebnis kommen. Deshalb gibt es Kollektivvertragsverhandlungen und nicht von vornherein einen „objektiv“ ermittelten Erhöhungssatz im Sinne einer „Lohnformel“.

Unbestritten sollte auch in Österreich sein, dass sich nur verteilen lässt, was auch vorhanden ist. Daher lassen sich externe Kostenerhöhungen nicht in üblicher Weise in KV-Verhandlungen integrieren: Erhöhte Importpreise für Energie machen heimische Arbeitgeber und Arbeitnehmer ärmer, genauso wie eine gezielte Energiekostensteigerung im Rahmen der Energiewende auch heimische Arbeitgeber und Arbeitnehmer ärmer macht. Man kann – sinnvoller Weise – über eine gerechte Aufteilung dieser externen Kosten verhandeln, aber man kann deren Abgeltung durch entsprechende Kollektivvertragsabschlüsse nicht als jedenfalls automatisch gegeben annehmen. Man wird im Zuge eines Interessenausgleichs auch über heikle Fragen konstruktiv sprechen müssen – etwa die Abgeltung stark volatiler Preisbewegungen (wie bei Energiepreisen) durch Einmalzahlungen in Form der SV- und Lohnsteuerfreien „Teuerungsprämie“.

Umso wichtiger ist es heuer, die Kollektivvertragsverhandlungen in Ruhe und mit dem klaren Ziel einer in jeder Hinsicht gerechten Lösung zu führen. ■